Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “Mehr” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (KR/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. James Galbraith – “Europa droht eine Explosion der Ungleichheit”
2. Eurokrise
3. INET-Konferenz
4. Wie Finanzmärkte zu regulieren sind
5. Frankreich: Attacke gegen die Reichen
6. WestLB – Badbank macht hohen Verlust
7. Überschuldetes Ruhrgebiet: Gestern noch Kulturhauptstadt, heute Armenhaus der Republik
8. Mehr Arbeitslose fallen direkt in Hartz IV
9. Bulgaren in Deutschland: Alles was kommt
10. Lobbyisten schreiben Reden für Ministerien
11. Pharmaindustrie unterwandert Selbsthilfegruppen
12. Deutsche Bahn: Alternativer Geschäftsbericht 2011
13. Acta vor dem Aus
14. Wie man Bildung erfolgreich verhindert – Eine Kritik der Halbbildung
15. Bananas!
16. Bild.Macht.Politik
17. zu guter Letzt: Was ist besser? Gratis-Bildzeitung und -Koran im großen Praxistest

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **James Galbraith – “Europa droht eine Explosion der Ungleichheit”**
   Europa steht vor neuen Verwerfungen, befürchtet der US-Ökonom James Galbraith. Er sieht eine wachsende Kluft in der EU und massenhafte Armutsmigration.
   Nach Ansicht des US-Ökonomen James Galbraith hat Europa die Krise keineswegs überwunden, sondern steht vor neuen Verwerfungen. “Die Euro-Krise wird zu einer Explosion der Ungleichheit innerhalb Europas führen”, sagte der Professor, der an der University of Texas in Austin lehrt. Er warnte, dass die aktuelle Strategie in einem Kollaps der Peripherie münden werde. Galbraith fordert eine stärkere Harmonisierung und mehr Solidarität innerhalb der Währungsunion.

Der 60-Jährige gilt als Querdenker und genießt vor allem in den USA als Sohn des berühmten Ökonomen John Kenneth Galbraith große Bekanntheit. Bei der Konferenz des Institute for New Economic Thinking (Inet) am Wochenende in Berlin zeigte er sich besorgt über die Lage in Europa.
Quelle: FTD

Anmerkung JB: *Auch die NachDenkSeiten sprachen im Umfeld der INET-Konferenz mit James Galbraith. Ein ausführliches Interview folgt in den nächsten Tagen.*

2. **Eurokrise**
   a. **Paul Krugman – Europe's Economic Suicide**
   On Saturday The Times reported on an apparently growing phenomenon in Europe: "suicide by economic crisis," people taking their own lives in despair over unemployment and business failure. It was a heartbreaking story. But I'm sure I wasn't the only reader, especially among economists, wondering if the larger story isn't so much about individuals as about the apparent determination of European leaders to commit economic suicide for the Continent as a whole.
   […]
   Consider the state of affairs in Spain, which is now the epicenter of the crisis. Never mind talk of recession; Spain is in full-on depression, with the overall unemployment rate at 23.6 percent, comparable to America at the depths of the Great Depression, and the youth unemployment rate over 50 percent. This can't go on — and the realization that it can't go on is what is sending Spanish borrowing costs ever higher.
   In a way, it doesn't really matter how Spain got to this point — but for what it's worth, the Spanish story bears no resemblance to the morality tales so popular among European officials, especially in Germany. Spain wasn't fiscally profligate — on the eve of the crisis it had low debt and a budget surplus. Unfortunately, it also had an enormous housing bubble, a bubble made possible in large part by huge loans from German banks to their Spanish counterparts. When the bubble burst, the Spanish economy was left high and dry; Spain's fiscal problems are a consequence of its depression, not its cause.
   Nonetheless, the prescription coming from Berlin and Frankfurt is, you guessed it, even more fiscal austerity.
   This is, not to mince words, just insane.
   Quelle: New York Times
   b. **Robert Misik – Wie eine ökonomische Irrlehre Europa in den Abgrund führt**

[…] Ein solches falsches Vorurteil ist, dass in Amerika der Neoliberalismus herrscht, und wir in Europa aber dem europäischen Sozialstaatsmodell anhängen. Dass Europa also trotz allem so ein bisschen ein Bollwerk ist gegen die neoliberale Phantasieökonomie, die an amerikanischen Universitäten ausgebrütet wurde und dann von Ronald Reagan und Margaret Thatcher zu einer politischen Doktrin gemacht worden ist.
Daran ist heute alles falsch. Denn das ideologische Zentrum des Neoliberalismus ist heute längst Europa.
Quelle: Der Standard

c. **Heiner Flassbeck im Interview: „Dieses System fährt gegen die Wand“**
"OÖN: Frankreichs Präsident Sarkozy überschätzt seine ökonomische Stärke?
Flassbeck: Sarkozy lebt in einer anderen Welt. Frankreich ist um 20 Prozent überbewertet gegenüber Deutschland und kann nicht einfach so tun, als gehöre es an die Seite Deutschlands, wenn es laut seinen Wirtschaftsdaten in Wahrheit zu den Südeuropäern gehört.
OÖN: Durch das koordinierte Vorgehen von Merkel und Sarkozy ist jedenfalls Bewegung in die Euro-Rettung gekommen.
Flassbeck: Aber nur in eine Richtung, zum Staatsschuldenabbau. Das ist nicht das eigentliche Thema. Wenn man nur das macht, fährt dieses System gegen die Wand. Das zentrale Thema einer Währungsunion ist die Inflationskonvergenz. Die läuft schief. Wir haben uns auf ein gemeinsames Inflationsziel von zwei Prozent geeinigt. Deutschland ist massiv drunter geblieben, Südeuropa weit drüber. Das durchschnittliche Erreichen des Inflationszieles ist ein historischer Irrtum. Wenn einer auf der heißen Herdplatte sitzt und die Füße im Eiswasser hat, geht's ihm im Durchschnitt gut, aber es nützt ihm nix."
Quelle: Nachrichten (aus Österreich)

d. **Es wird ernst für Spanien und damit für den Euro**
Es ist offensichtlich, dass nach einer weiteren scheinbaren Beruhigung die Euro-Krise wieder mit Macht auf die Tagesordnung drängt. Die Wirkung, dass die Europäische Zentralbank (EZB) die Geldmärkte mit einer Billion Euro längerfristig geflutet hat, verpufft angesichts von Realdaten und einer planlosen Regierung in Spanien. Die spart nun auch das viertgrößte Euroland tief in die Rezession. Aus dem großen Sorgenkind Europas wird nun ein Absturzkandidat, der kaum noch am Rettungsschirm vorbeikommt. Er droht auch das große Italien mit in den Abgrund zu ziehen.
Quelle: Telepolis

3. **INET-Konferenz**
   a. **Das gescheiterte Weltbild der Wirtschaft**

Ökonomen zweifeln nach der globalen Finanzkrise an ihren alten Wahrheiten – und suchen auf einer Konferenz in Berlin nach neuen. Ihr größtes Problem sind die Dinge, die sie angeblich wissen. […]
Die lange als unangreifbar geltenden Theorien und Modelle taugen nicht zur Erklärung der realen Welt – so weit war man sich einig auf der Konferenz des Institute of New Economic Thinking (INET) in Berlin. Das Thema der Tagung: „Paradigm Lost" – die verlorene Weltanschauung. Die verlorene Sicherheit.
Auf der Konferenz nahm man einige Grundlagen der herrschenden Lehre auseinander. Zum Beispiel die Annahme, die Wirtschaft finde selbstständig zu stabilen Gleichgewichten – solange der Staat sie in Frieden lässt. In solch einer Welt sind Systemkrisen nicht vorgesehen.
Quelle: Frankfurter Rundschau

Anmerkung JB: *Mittlerweile hat Mark Thoma auch die Videos des dritten Konferenztages auf seinem Blog verlinkt. Darunter sind einige sehr empfehlenswerte Beiträge, wie zum Beispiel der lehrreiche und dazu auch noch unterhaltsame Vortrag von Richard Koo.*

b. **An interview with Amartya Sen: "There is a democratic failure in Europe"**
Starting this Thursday, the third annual meeting of the Institute for New Economic Thinking (INET) is going to take place in Berlin. Prior to the meeting, my colleague Dorit Heß and I had the opportunity to interview the Nobel laureate Amartya Sen for Handelsblatt. Here's an English version of the Q&A.
Quelle: Economics Intelligence

4. **Wie Finanzmärkte zu regulieren sind**
Die Politik hat zwar neue Vorschriften für Banken und Spekulationsprodukte erlassen. Aber die nächste Krise wird sie damit nicht verhindern. Dazu fehlen folgende Reformen. […]
Die neue Finanzmarktarchitektur sollte aus folgenden Stützpfeilern bestehen: Als Erstes ein Verbot spekulativer Produkte, weil sie der Realwirtschaft schaden. Ein echter "Finanz-TÜV" sollte deshalb Finanzprodukte auf ihre nützliche Wirkung für die Realwirtschaft prüfen, um sie gegebenenfalls abzulehnen.
Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer begrenzt kurzfristige Spekulationsgeschäfte, ohne die Realwirtschaft zu belasten, und erbringt gleichzeitig das nötige Geld für die Finanzierung der Krisenkosten. Bei systemrelevanten Banken muss zudem das spekulative Investmentbanking vom realen Bankgeschäft getrennt werden.
Auch die Schattenbanken müssen dringend einbezogen werden: Hedge-Fonds, Private-

Equity-Fonds und Zweckgesellschaften sind entsprechend streng zu regulieren. Außerbörsliche OTC-Geschäfte sind zu unterbinden, indem alle Wertpapiergeschäfte über Börsen beziehungsweise Clearinghäuser laufen, um so die notwendige Transparenz zu schaffen.
Überdies ist die Finanzaufsicht zu stärken, indem die bisherigen Kompetenzunklarheiten beseitigt werden und eine ausreichende Personalstärke mit adäquaten Gehältern geschaffen wird.
Quelle: FTD

5. **Frankreich: Attacke gegen die Reichen**
   Frankreich ist gegenüber dem Schweizer Bankgeheimnis weniger kompromissbereit als Deutschland. Paris hat mit Bern kein Steuerabkommen abgeschlossen und will es auch nicht tun. Gegen einen Steuer-Deal gibt es grundsätzliche Einwände. Der Umstand, dass Schweizer Banken eine Pauschalsteuer erheben könnten, widerspreche den republikanischen Prinzipien Frankreichs, räumt das Budgetministerium ein. Der Apparat der Grande Nation kann es mit seinem etatistischen Selbstverständnis nicht vereinbaren, dass Privatbanken in Prokura eine Quellensteuer beziehen, selbst wenn sie die nach Paris weiterleiten. Zudem gibt es politische Einwände gegen ein Steuerabkommen, nicht nur von linker Seite. Auch in der französischen Bevölkerung besteht kaum mehr Verständnis für das einstige Kavaliersdelikt des heimlichen Kapitalexports. In einem neuen Buch namens „Die 600 Milliarden, die Frankreich fehlen“, behauptet der Journalist Antoine Peillon, auf Schweizer Konten lägen 108 Milliarden Euro aus französischem Beständen.
   Quelle: FR
6. **WestLB – Badbank macht hohen Verlust**
   Die Erste Abwicklungsanstalt kommt mit dem Abbau von früheren WestLB-Vermögenswerten gut voran. Dennoch gibt es einen Verlust von 878 Millionen Euro. Grund ist ein Ereignis, das bei der Badbank-Gründung kein Thema war.
   Quelle: FAZ
7. **Überschuldetes Ruhrgebiet: Gestern noch Kulturhauptstadt, heute Armenhaus der Republik**
   Löchrige Straßen, marode Fassaden: Sieht es wirklich so schlimm aus im Ruhrgebiet? Dank eines umfassenden Strukturwandels wurde viel erreicht, aber für die Zukunft nur wenig gewonnen. Oberhausen, gleich neben Duisburg, ist mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 8340 Euro die ärmste Stadt Deutschlands und, wie Duisburg und Hagen, Remscheid und Wuppertal, überschuldet. Die Not ist sichtbar und spürbar: Stadtteilbibliotheken, Jugendtreffs, Schwimmbäder und Sportplätze werden geschlossen, der Theaterzuschuss gekürzt, der Abendtakt der Busse ausgedünnt. Um den Beitrag zum Solidarpakt leisten zu können, hat die Stadt Kredite aufnehmen

müssen. Das Ende dieser Zahlung, wie die SPD-Oberbürgermeister von Dortmund, Essen, Gelsenkirchen und Oberhausen es fordern, würde den Haushalt entlasten, aber nicht konsolidieren. Ein vorzeitiger Ausstieg aus dem bis 2019 gesetzlich festgeschriebenen Solidarpakt II kann das Problem nicht lösen. Wer wie der Dortmunder Oberbürgermeister Ullrich Sierau von einem „perversen System“ spricht, ist dabei, alte Gräben wieder aufzureißen. Das SPD-Quartett schürt Ressentiments, und dass Norbert Röttgen die Regierung Kraft, die immerhin den Stärkungspakt Stadtfinanzen aufgelegt hat, für die Misere verantwortlich macht, ist nach fünf schwarz-gelben Jahren davor unsachlich und dreist. Erst vor drei Monaten hat der Paritätische Wohlfahrtsverband seinen Armutsbericht vorgelegt und das Revier als „Problemgebiet Nummer eins in Deutschland“ ausgemacht. Gestern noch Kulturhauptstadt, heute Armenhaus der Republik! Das Niveau der Daseinsvorsorge fällt hinter andere Regionen zurück, die Wahrnehmung kommunaler Selbstverwaltung ist in Gefahr. Die Krise, die das Ruhrgebiet und ähnlich das bergische Städtedreieck sowie das Saarland lähmt, kann sich schnell ausweiten und verschärfen: Wenn die zur Zeit so niedrigen Zinssätze steigen und der Schuldendienst höher ausfällt, wird das die Konsolidierungsbemühungen auch weniger belasteter Kommunen konterkarieren. Die Vergeblichkeitsfalle, in der Duisburg, Oberhausen oder Hagen stecken, wird dann für andere Städte zuschnappen.
Quelle: FAZ

8. **Mehr Arbeitslose fallen direkt in Hartz IV**
Vom Job direkt in die Grundsicherung: Immer mehr Betroffene erfüllen die Kriterien für das Arbeitslosengeld I nicht. Der DGB kritisiert die abnehmende soziale Sicherung – und fordert eine Reform der Arbeitslosenversicherung. […]
Während laut DGB 2008 noch 621.000 Menschen diese Anforderung nicht erfüllten, waren es 2011 bereits 736.800. Jeder vierte neue Arbeitslose wurde demnach 2011 sofort Hartz-IV-Empfänger, vier Jahre zuvor war es nur jeder fünfte. “Die soziale Sicherungsfunktion der Arbeitslosenversicherung nimmt stetig ab”, kommentierte der DGB-Experte Wilhelm Adamy diese Entwicklung.
Quelle: FTD
9. **Bulgaren in Deutschland: Alles was kommt**
Sie haben Bulgarien verlassen und wollen nur arbeiten. Sie werden angelockt von großen Versprechungen und werden doch nur ausgebeutet, auf dem Bau oder bei der Miete. Viele tausend Scheinselbständige soll es allein in Frankfurt geben, der Hauptstadt der „Bulgarenindustrie“.
Quelle: FAZ
10. **Lobbyisten schreiben Reden für Ministerien**
Aus dem jüngsten Lobbyistenbericht der Bundesregierung geht hervor, dass über zwei

Drittel der externen Mitarbeiter in Bundesministerien länger beschäftigt wird, als es eine Verwaltungsvorschrift des Bundes vorsieht. Laut dem Bericht, den das Bundesinnenministerium den Bundestagsausschüssen für Inneres und Haushalt zuleitete und der dem Tagesspiegel vorliegt, waren im zweiten Halbjahr 2011 insgesamt 70 externe Mitarbeiter in der Bundesverwaltung beschäftigt. Damit ist wieder ein Anstieg des Trends, externe Mitarbeiter in Bundesministerien zu entsenden, erkennbar. Im zweiten Halbjahr 2010 waren es noch 56 externe Personen – zum Beispiel Angestellte von Lobbyverbänden.
Nach der Verwaltungsvorschrift von 2008 soll die Dauer des Einsatzes von externen Mitarbeitern „im Regelfall sechs Monate nicht überschreiten“. Aus dem jüngsten Bericht geht jedoch hervor, dass 43 Externe länger in Ministerien beschäftigt werden sollen. Länger als vorgesehen sollen auch 32 externe Mitarbeiter im Forschungsministerium sowie insgesamt acht Externe in den FDP-geführten Ministerien für Auswärtiges, Gesundheit und Entwicklung beschäftigt werden. Darunter sind auch zwei Mitarbeiter im Gesundheitsministerium, die vom Verband der Ersatzkassen (vdek) und vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge entsandt wurden. Zu dessen Fördermitgliedern zählen auch Wirtschaftsunternehmen, darunter ein internationaler Versicherungsmakler. Der vdek-Mitarbeiter beschäftigt sich im Ministerium mit dem „Anfertigen von Vermerken und Reden für die Hausleitung“ zu Grundsatzfragen der Prävention, Eigenverantwortung, Selbsthilfe und zu umweltbezogenem Gesundheitsschutz. Der Mitarbeiter im Entwicklungsministerium wurde vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) entsandt und ist unter anderem mit der „Koordinierung von BMZ-Positionen“ betraut. Nach der Verwaltungsvorschrift ist der Einsatz externer Personen nicht zulässig in „leitenden Funktionen“ sowie in „Funktionen im Leitungsbereich“.
Quelle: Tagesspiegel

11. **Pharmaindustrie unterwandert Selbsthilfegruppen**
Wer schwer erkrankt, ist oft hilflos und sucht Rat. Selbsthilfegruppen sind für Patienten oft ein guter Ansprechpartner. Dort erhoffen sich die Kranken einen Austausch mit Betroffenen, praktische Lebenshilfe, aber vor allem eine unabhängige Beratung. Doch das ist nicht selbstverständlich. Viele Selbsthilfegruppen sind alles andere als unabhängig. Oft werden sie von der Pharmaindustrie finanziell unterstützt. Wo, wenn nicht hier kann die Pharmaindustrie für ein bestimmtes Medikament oder eine bestimmte Therapie werben. Im Visier sind besonders chronisch Kranke, die dauerhaft mit teuren Medikamenten behandelt werden müssen. Als Gegenleistung für die Spenden platzieren Selbsthilfegruppen Werbebotschaften der Pharmaindustrie in ihren Verbandszeitschriften oder im Internet. Und auch für Medikamentenstudien erhofft sich die Pharmaindustrie in Selbsthilfegruppen Teilnehmer zu finden. Das

Schlimme ist, dass viele Mitglieder oft nichts von dieser Verbindung zu Pharmaindustrie wissen.
Quelle: Hessen-Fernsehen

12. **Deutsche Bahn: Alternativer Geschäftsbericht 2011**
Wir möchten dazu ermutigen, nicht nur den wohlfeilen Worten in der Bahn-Bilanz zu glauben und nicht nur die schönen Grafiken anzuschauen, wie sie auch in dem neuen Geschäftsbericht präsentiert werden, sondern darüber nachzudenken, wie diese Zahlen eigentlich zustande kommen und was sie für den täglichen Bahnbetrieb – für die Fahrgäste, für die Beschäftigten und für Menschen, die an den Bahntrassen leben– bedeuten. Schon in früheren „Wahren Bilanzen" zu den Bilanzpressekonferenzen haben wir darauf hingewiesen, dass die Substanz der Bahn aufgrund der verminderten Investitionen und des Fahrens auf Verschleiß leide. … Die vermeintliche kurzfristig vergrößerte Leistungsfähigkeit wird mit massiven, mittel und langfristig wirkenden Verschlechterungen erkauft. Diese werden den Steuerzahlenden, den Beschäftigten und der Bahnkundschaft aufgebürdet.
Quelle: Bahn für Alle [PDF – 2.8 MB]
13. **Acta vor dem Aus**
Der sozialdemokratische Berichterstatter im EU-Parlament spricht sich erstmals klar gegen das Anti-Piraterie-Abkommen aus. Nun wackeln selbst die Konservativen. […] Ohne die Zustimmung der EU-Abgeordneten kann das Abkommen nicht in Kraft treten. „Mit der Erklärung der Sozialdemokraten ist Acta praktisch tot", sagte der grüne Europa-Abgeordnete Jan Philipp Albrecht. Das Parlament muss der Empfehlung des Berichterstatters zwar nicht folgen, aber Albrecht erwartet eine eindeutige Mehrheit gegen Acta im Plenum. „Nur bei den Liberalen und bei den Konservativen gibt es überhaupt noch Fürsprecher, und auch die werden immer weniger."
Quelle: taz
14. **Wie man Bildung erfolgreich verhindert – Eine Kritik der Halbbildung**
„Universitäten brauchen Freiheit, sonst sind sie das Geld nicht wert, dass man ihnen die ganze Zeit kürzt" – mit dieser Behauptung beendete Gastreferent Prof. Dr. Andreas Dörpinghaus seinen anregenden Impulsvortrag „Wie man Bildung erfolgreich verhindert. Eine Kritik der Halbbildung"
Dörpinghaus ging der These nach, dass Universitäten und Schulen „zu Orten der Verdummung sowie Halbbildung" werden, da die so genannten Bologna-Reformen von ihnen lückenlose Verwaltung und permanente Kontrolle verlangten. Kontrolle sei zum Fundament der Universitäten geworden und Studierende sowie Lehrende neigten dazu, sich permanent selbst zu kontrollieren und im Habitus des lebenslangen Lernens als defizitär einzustufen. Bildungsstandards, die vermitteln, welche Fähigkeiten in welchem Zeitrahmen erworben werden sollen, seien symptomatisch für den modernen

Fortschrittsglauben.
Bei alledem würde völlig übersehen, dass ein wesentlicher Auftrag an universitäre Bildung darin liege, Studierende dazu zu ermutigen, das Gelehrte kritisch zu hinterfragen, um so zu mündigen Wesen heranzureifen. „Studierende sind angehende Wissenschaftler, keine Schüler“, konstatierte Dörpinghaus.
Quelle: idw

15. **Bananas!**
In Nicaragua selbst ist es nicht gelungen. Aber vielleicht wird es der Rechtsanwalt Juan Domínguez in Los Angeles schaffen, die Klage von zwölf Arbeitern gegen den Fruchtriesen Dole erfolgreich durchzusetzen und ihn zur Zahlung zu zwingen. Der Vorwurf ist schwer. Obwohl die gesundheitlichen Risiken bekannt waren, soll Dole weiterhin mit Pestiziden auf DBCP-Basis (Dibromchlorpropan) gearbeitet haben. Folgen eines Kontakts mit diesen Mitteln, den die Arbeiter auf den Plantagen täglich hatten, können Sterilität, Leber- und Nierenschäden sein.
Der Dokumentarfilm des schwedischen Regisseurs Fredrik Gertten begleitet den Gerichtsprozess und die Arbeit des Anwalts Juan “Accidentes” Domínguez. Seine Kanzlei in Los Angeles ist eigentlich spezialisiert auf Personenschäden. Jetzt vertritt sie 12.000 Plantagenarbeiter aus Nicaragua. Durch den Fall will er Geschichte schreiben als erster Anwalt, der einen amerikanischen Konzern zwingt, Verantwortung zu übernehmen für das, was er außerhalb der US-Grenzen angerichtet hat. Der Prozess wird von Experten und Unternehmen weltweit beobachtet. Ist Domínguez erfolgreich, könnte dies von großer Bedeutung für die ökonomische Basis von Dole und Dow Chemicals sein, und es würde für andere Opfer den Weg zu US-Gerichten frei machen.
6.800 Fälle ähnlicher Natur stehen an, um verhandelt zu werden. Der international koproduzierte Dokumentarfilm “Bananas!*” wirft ein neues Licht auf die globale Nahrungsmittelpolitik und den Umgang mit den Menschen, die an der Produktion beteiligt sind.
Quelle: ARTE

16. **Bild.Macht.Politik**
Millionen Menschen lesen jeden Tag die BILD. Die Boulevard-Zeitung lockt mit einer Mischung von Prominenten-Geschichten, nackten Frauen und der Berichterstattung über Aktuelles aus Politik und Gesellschaft. Die Autoren Christiane Meier und Sascha Adamek fragen in der ARD-Dokumentation „Bild.Macht.Politik”, wie es BILD gelingt, über Jahrzehnte ein beliebter, täglicher Wegbegleiter für Millionen zu bleiben und welchen Einfluss sie auf Politik und Politiker hat.
Die Boulevard-Zeitung und die Polit-Prominenz, das sind oft auch Geschichten großer Nähe und tiefer Zerwürfnisse – vom Aufstieg und Fall des Karl Theodor zu Guttenberg,

dem BILD bis heute die Treue hält, bis zur Affäre um Christian Wulff, die BILD aufgedeckt hat. Wie stark hängen politischer und persönlicher Erfolg von der Berichterstattung und der Zusammenarbeit mit den Blattmachern ab? Selbst Linken-Politiker Gregor Gysi gesteht offen ein, dass er auf BILD als Sprachrohr nicht verzichten kann.
Die Doku untersucht die Frage, wie mächtig die Boulevard-Zeitung tatsächlich ist und wie sie hineinwirkt in die Gesellschaft. Bedient sie den Mainstream und ist damit Sprachrohr der schweigenden Mehrheit – oder macht sie in politischen Fragen aktiv Stimmung?
Die Autoren sprechen mit Lesern, Kritikern, Machern und dem Chefredakteur von BILD, Kai Diekmann. Sie untersuchen, womit die Zeitung Auflage macht und Geld verdient, wie sie mit der Privatsphäre von Prominenten und Nicht-Prominenten umgeht und ob es ihr gelungen ist, das Schmuddel-Image langsam hinter sich zu lassen.
Quelle: WDR – Die Story im Ersten

Anmerkung: *Wer die Erstausstrahlung gestern verpasst hat, hat die Chance, an folgenden Terminen eine Wiederholung zu sehen:*

- *Mi. 18.04. 05:30 EinsExtra*
- *Do. 19.04 20:15 EinsExtra*
- *Sa. 21.04 21:45 NDR Fernsehen*
- *Sa. 21.04 22:00 EinsExtra*
- *So. 22.04 18:30 EinsExtra*

Bei Redaktionsschluss gab es leider noch keinen gültigen Link zur ARD-Mediathek. Der Beitrag sollte jedoch im Laufe des heutigen Tages dort eingestellt werden.

17. **Zu guter Letzt: Was ist besser? Gratis-Bildzeitung und -Koran im großen Praxistest**
Mitten in Deutschland verteilen stumpfe Fanatiker ihre Pamphlete an jeden Haushalt. Doch nicht nur die Bildzeitung wird gratis ausgeliefert, auch eine Gruppe radikal-islamistischer Salafisten will ihre ungläubigen deutschen Brüder und Schwestern mit einem kostenlosen Exemplar des Korans beglücken. Da sich der Großteil der

Deutschen jedoch ohnehin nicht gerne mit Inhalten auseinandersetzt, vergleicht Der Postillon die beiden Gratis-Publikationen auf ihre Alltagstauglichkeit, um herauszufinden, welche die nützlichere ist:
Quelle: Der Postillon